

Kieler Drogenarzt Grimm in seiner Praxis, Patienten: Pillenkrieg mit der Landesregierung

Drogen

Remis vom Guru

Die Kieler Landesregierung muß die süchtige Klientel eines Drogenarztes mit Codein-Pillen auf Staatskosten versorgen.

Im Nieselregen zog ein gespenstischer Demonstrationszug durch die Innenstadt von Kiel. Rund 100 ausgemergelte junge Leute trotteten vom Hauptbahnhof zum Sozialministerium der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt.

„Sehen Sie nur genau hin, verehrte Damen und Herren", rief eine junge Frau neugierigen Passanten zu, „wir sind die Toten von morgen."

Ähnliches bekam auch die Drogenbeauftragte der Landesregierung, Gunda Petersen, zu hören. „Wir wollen unsere Remis haben", brüllten Junkies, Alkoholiker und Medikamenten-Süchtige. Wie 700 andere Leidensgenossen substituieren sie ihre Sucht durch die Codein-Pillen Remedacen (Szene-Jargon: „Remis") – mit Hilfe eines Mannes, der als „Drogenarzt von Kiel" umstritten ist: Dr. Gorm Grimm, 50.

Doch seit Anfang April ist das private Hilfsprogramm des Allgemeinmediziners zusammengebrochen. Grimm, dem seine Gegner Guru-Allüren vorwerfen, schloß wegen eines schweren psychosomatischen Magenleidens seine Praxis, ohne den Remi-Süchtigen ausreichend Stoff im voraus zu geben.

Die Krankheit des Mediziners machte die Not der Fixer im Lande erst richtig deutlich. Unter dem Druck der Süchtigen beschloß die Landesregierung, was Drogenexperten zuvor vergebens gefordert hatten: Neuerdings dürfen Ärzte in Schleswig-Holstein die codeinhaltigen Hustenpillen auch zur Drogensubstitution verschreiben, die Kosten trägt vorübergehend das Land.

In den nächsten Wochen wird, beispiellos in der Republik, in Kiel eine Fixer-Ambulanz eingerichtet, in der mehrere festangestellte Ärzte ebenfalls die Möglichkeit zur Codein-Verschreibung an Junkies haben sollen.

Allerdings, so beeilte sich Sozialminister Günther Jansen (SPD) festzustellen, handle es sich allenfalls um eine „Übergangslösung" zur „Überbrückung akuter Notfälle". Angestrebt werde die Aufnahme der Süchtigen ins Methadon-Programm, mit dessen Hilfe bisher aber landesweit nur 60 Menschen Ersatzdrogen bekommen.

Die eilige Notlösung war nicht geeignet, den Unmut der Grimm-Klientel zu besänftigen. Die Junkie-Demo vom vorletzten Donnerstag richtete sich vor allem dagegen, daß Jansen an der Remi-Nothilfeaktion ausgerechnet einen nicht beteiligen will: den Drogenarzt Grimm.

Der Doktor, dessen Wirken durch die plötzliche Nothilfe der Kieler Gesundheitspolitiker in den Hintergrund zu rücken drohte, hatte nämlich umgehend reagiert: Als das Ministerium die Kostenübernahme bekanntgab, händigte Grimm am selben Nachmittag, wiewohl offiziell krankgeschrieben, die begehrten Remedacen-Rezepte wieder aus.

„Der Minister", empörte sich daraufhin Jansen-Sprecher Ralf Stegner, „läßt sich von Herrn Grimm weder zum Kasper machen noch erpressen." Das Ministerium teilte umgehend den Apotheken mit, Grimm-Rezepte würden vom Staat nicht bezahlt – „ein klarer Verstoß gegen die Gleichbehandlung", beschwert sich Wolfgang Kubicki, Grimms Anwalt und zugleich FDP-Spitzenkandidat bei der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Er kündigte vergangene Woche eine Klage vor dem Verwaltungsgericht an.

Einstweilen aber muß Grimm als einziger Arzt im Land die Codein-Pillen weiterhin mit ganz normalen Rezepten verordnen – auf Kosten der Krankenkassen.

Der Pillenkrieg der Landesregierung mit dem ungeliebten Doktor verschärft so den seit Jahren währenden Konflikt zwischen Grimm und den Krankenkassen, die Substitutions-Therapien mit Codein grundsätzlich nicht bezahlen wollen. Die Kassen ersetzen den Apotheken zwar die Remedacen-Kosten für die Grimm-Klientel, haben den Drogenarzt aber auf Schadensersatz verklagt. Insider schätzen den Streitwert auf inzwischen über zehn Millionen Mark.

Denn Grimm versucht schon seit 16 Jahren mit fast schwellenloser Codein-Therapie, Junkies von der Nadel wegzubringen. Wer einmal Aufnahme in seine Patientenkartei gefunden hat, bekommt

Remis en masse vom Drogen-Guru verschrieben, im Extremfall mehr als 100 Stück pro Tag.

Solche Dosierungen verstörten auch wohlmeinende Kollegen Grimms. Die schleswig-holsteinische Ärztekammer strengte ein Verfahren vor dem Berufsgericht an, die Staatsanwaltschaft erhob gar Anklage wegen fahrlässiger Tötung eines alkohol- und heroinsüchtigen Patienten. Doch Grimm ging bisher aus allen Prozessen als Sieger hervor.

Der Fall des Kieler Überzeugungstäters illustriert das Scheitern staatlicher Drogenpolitik. Solange ausreichende Angebote für eine Methadon-Therapie nirgendwo zur Verfügung stehen, bleibt ausstiegswilligen Junkies nur die Radikalkur der Abstinenz-Entgiftung – oder die Remi-Substitution.

Die meisten Ärzte würden ihren Substitutions-Patienten statt der Hustenpillen lieber Methadon ausgeben. „Das ist", sagt etwa der Hamburger Arzt Norbert Strothmann, 46, „vom medizinischen Standpunkt her eindeutig die bessere Lösung." Doch Methadon fällt, im Gegensatz zu Remedacen, unters Betäubungsmittelgesetz, dessen kleinliche Bestimmungen viele Ärzte und ihre Patienten abschrecken.

Eine Substitution mit Remedacen können Hamburger Mediziner schon seit 1989 ohne Angst vor langwierigen Prozessen verordnen: Statt der Krankenkassen bezahlt dort die Stadt, einzigartig in Deutschland, das Medikament. „Wir treten als Sozialhilfeträger in Vorleistung", erläutert Horst Bossong, Hamburgs Drogenbeauftragter.

Aber auch in Hamburg wird es noch Streit um die teuren Pillen geben: In einem Musterprozeß sollen die Krankenkassen doch noch zur Kostenübernahme gezwungen werden.

Ministerpräsidenten

Elbe runter

Werner Münch, Regierungschef von Sachsen-Anhalt, verunsichert seine Partei und entzweit die Koalition aus CDU und FDP.

Als Werner Münch vom Landtag in Magdeburg zum Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt gewählt wurde, bekam er mehr Stimmen als genug. Für den vierschrötigen Südoldenburger aus dem Nachbarland Niedersachsen votierten nicht nur 59 Abgeordnete der Regierungskoalition aus CDU und FDP, sondern sogar zwei aus der Opposition.

Mit der Wahl des katholischen Politik-Professors, zuvor Finanzminister im Kabinett seines an Mauscheleien gescheiterten Vorgängers Gerd Gies (CDU), verbanden diese Abgeordneten wohl die Hoffnung, Münch werde verwirklichen, was sein Vorgänger immer nur dahergeredet hatte, nämlich „daß wir uns alle wohlfühlen in Sachsen-Anhalt".

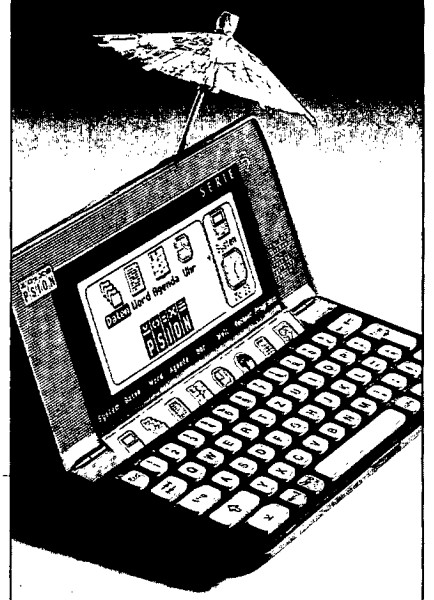
Knapp zehn Monate später hat sich die Hoffnung auf den Mann aus Niedersachsen verflüchtigt. Bei einer geheimen Abstimmung im Landtag könnte sich der Christdemokrat Münch, 51, kaum aller seiner eigenen Leute sicher sein, schon gar nicht aller Stimmen des freidemokratischen Regierungspartners. Und Hilfe aus der Opposition wäre erst recht nicht in Sicht. „Dann", sagt ein Parteifreund, „geht der die Elbe runter."

Inzwischen nämlich sind nicht weniger als sieben Abgeordnete der Koalition desertiert, sechs CDU-Leute, voran der ehemalige Fraktionsvorsitzende Joachim Auer, und von der FDP der frühere



Ministerpräsident Münch (r.), Abtrünniger Auer: „Östlich der CDU"

Reise-büro



Reisebüro heißt: über 4 MB Speicherkapazität, Word-kompatible Textverarbeitung, professioneller Terminplaner, Welt-Info, echtes Multitasking, PC-Anbindung und alles auf 16 x 8,5 cm reisefreundlicher Bürofläche.

Tel. 06172 / 37095 und 96

PSION

Serie 3. Ein starkes Stück Computer.